



# NEUE GEMEINDE

[www.gvvgld.at](http://www.gvvgld.at)

*info*



**VertreterInnen aus über 250 Kommunen beim 74. Städtetag in Eisenstadt: Klima, Finanzen und Digitalisierung im Fokus s.10, 11**

**Gemeindepaket weiterverhandeln:** GVV will die bisher über Parteigrenzen hinweg guten Gespräche ergebnisorientiert zum Abschluss bringen S. 2

**GVV Burgenland Präsident Erich Trummer und sein Team wünschen einen erholsamen Sommer!**

**GVV-Forderung erfüllt:** Kommunalinvestitionsgesetze deutlich vereinfacht, Gemeinden erhalten Fördermittel künftig einfacher S.3

**Klartext!**

Bgm. Erich Trummer  
Präsident GVV  
Burgenland

## Mit ruhiger Hand zum dringend erforderlichen Gemeindepaket

**Sehr geschätzte Bürgermeisterinnen, sehr geschätzte Bürgermeister!  
Liebe Gemeindevertreterinnen, liebe Gemeindevertreter!**

Nach dem ÖVP-Nein und dem damit verbundenen einstweiligen Ergebnisvorgriff zum Gemeindeentlastungspaket brennt die Situation um die Gemeindefinanzen weiter und weitet sich möglicherweise zu einem katastrophalen Flächenbrand aus. Die Sommermonate werden auch für die Gemeinden wahrlich heiß, weil die Ertragsanteilseinnahmen weiter stagnieren und auch vom Bund keine entscheidende Hilfe in Sicht ist.

Ich appelliere deshalb an alle, in sich zu gehen und hinter verschlossenen Türen Verantwortung zu übernehmen bis endlich weißer Rauch aufsteigt! In diesem Sinn bleibe ich bei unserer jahrelangen Haltung als Interessensvertretung unserer Gemeinden: Es gilt die Verhandlungen für das burgenländische Gemeindepaket mit Besonnenheit und ruhiger Hand zu Ende zu führen! Die Gemeinden brauchen dringend das - eigentlich schon kurz vor dem Abschluss gestandene - Gemeindepaket zur finanziellen Entlastung!

### Lösungen statt Taktieren

Die Gemeindevertreter\*innen erwarten sich Lösungen. Die Gemeinden haben weder Zeit noch das Geld für ein Taktieren. Als Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes kann ich sagen, dass sich die Gemeinden in den anderen Bundesländern über so ein großes Entlastungspaket sehr freuen würden. Ich setze weiter auf Handschlagqualität und gehe davon aus, dass eine endgültige Beurteilung durch die Bürgermeister\*innen, seriöserweise erst nach der Bewertung des gemeinsam fertig geschnürten Gemeindeentlastungspaket erfolgen wird können. So wurde es über Parteigrenzen hinweg zwischen allen Verhandlungspartnern im Gemeindegipfel vereinbart. Aus meiner Sicht wäre jede andere Vorgangsweise fahrlässig gegenüber den in extremer Finanznot befindlichen Gemeinden. Hier geht es in einer außergewöhnlichen Notsituation um eine besonders hohe Verantwortung als politische Interessensvertreter.

Ich bin jedenfalls weiter zuversichtlich, dass alle Beteiligten ihrer Verantwortung mit Hausverstand nachkommen und ein attraktives Gemeindeentlastungspaket fertig verhandeln. In dieser schwierigen Finanzsituation, in der sich nach „koste es, was es wolle“ ziemlich alle Gemeinden in Österreich sowie auch der Bund und die Länder befinden, braucht es Besonnenheit und eine ruhige Hand. Vor allem braucht es aber auch den Willen, gemeinsam an einen Strang zu ziehen, um für die Menschen in unseren Gemeinden wieder gestalten zu können.

Jedenfalls bedanke ich mich für eure Unterstützung für unser gemeinsames Interesse. Wir werden weiter miteinander strategisch, strukturiert und seriös – also mit unserem bewährten Erfolgsrezept - weiterkämpfen. In diesem Sinn wünsche ich euch für die bevorstehenden heißen Sommermonate weiterhin viel Mut und Weitblick, um unsere Gemeinden geschickt an den Brandherden vorbeiführen zu können!

Mit hoffnungsvollen Grüßen Euer GVV Präsident

# Kommunalinvestitionen: Gemeinden erhalten Fördermittel künftig einfacher

**E**ine erfreuliche Nachricht für die burgenländischen Gemeinden: Die Abwicklung der Kommunalinvestitionsgesetze 2020, 2023 und 2025 wird deutlich vereinfacht. Wie der GVV Burgenland oft gefordert hat, werden die bisher üblichen Zweckzuschüsse für Investitionen in sogenannte „antragslose Finanzzuweisungen“ umgewandelt.

Das Bundesministerium für Finanzen hat umfassende Änderungen umgesetzt, die den Zugang zu Fördermitteln erleichtern und den bürokratischen Aufwand erheblich reduzieren.

Damit erhalten die Gemeinden Fördermittel direkt vom Bund – ohne komplizierte Antragstellung, ohne verpflichtende Kofinanzierung und ohne Abrechnung gegenüber der Buchhaltungsagentur. Stattdessen reicht künftig ein Bericht an den jeweiligen Gemeinderat.

### Blick auf die einzelnen Gesetze:

Beim Kommunalinvestitionsgesetz 2020 (KIG 2020) werden laufende Nachweis- und Vor-Ort-Prüfungen eingestellt. Nicht abgerechnete Fördermittel müssen nicht rückerstattet werden, sondern werden automatisch ausbezahlt.

Beim KIG 2023 werden keine weiteren

Anträge mehr bearbeitet. Auch hier erfolgt die Auszahlung der noch offenen Mittel antragslos und ohne weiteren Aufwand für die Gemeinden.

Im Rahmen des KIG 2025 profitieren Gemeinden besonders vom vereinfachten Zugang zu Mitteln, insbesondere im Bereich digitaler Wandel. Auch diese Beträge werden in voller Höhe automatisch überwiesen – die ursprünglich vorgesehene Einbehaltung nicht verwendeter Mittel entfällt vollständig.

Die Auszahlung der Beträge erfolgt in mehreren Tranchen. Die jeweiligen Summen und Auszahlungstermine sind öffentlich abrufbar. Das bedeutet weniger Bürokratie, mehr Gestaltungsfreiheit und eine direkte Stärkung der Liquidität der Kommunen.

„Diese Änderungen bedeuten für unsere Gemeinden eine große Entlastung und schaffen neuen Spielraum für Investitionen“, so Erich Trummer, Präsident des GVV Burgenland und weiter „Der Wegfall von Anträgen und Prüfverfahren spart Zeit und Ressourcen – und stärkt gleichzeitig die Eigenverantwortung auf kommunaler Ebene.“ Für die 171 burgenländischen Kommunen bedeutet dies kumuliert bis 2028 rund 32 Millionen Euro auflagenfreie Finanzmittel seitens des Bundes.

## Finanzzuweisungen für Investitionen in Euro gemäß KIG 2020, KIG 2023 und KIG 2025, Burgenland

Okt 2025-2028	Okt.25	2026	2027	2028
	31.10.2025	20.01.2026	20.01.2027	20.01.2028
31 991 077,28	5 501 249,01	12 270 200,50	11 432 322,67	2 787 305,10
KIG 25 inkl. dig.Wandel: ds. 17/EW	ds. 24/EW	ds. 20/EW	ds. 10/EW	
+ KIG 20 + 23 Rest:	-	? (versch.)	? (versch.)	-

(gehen an schon bisher anspruchsberechtigte Gemeinden, die noch nicht (zur Gänze) abgerufen haben)

**Erläuterung: Mittel des KIG 2025 (gesamt 620 Mio. auf 4 Jahre)**

- o 120 Mio. EUR = digitaler Wandel:
  - Gemeinden bis 5.000 EW erhalten 20 EUR pro EW
  - Gemeinden von 5.001 bis 10.000 EW erhalten 12,6 EUR pro EW und
  - Gemeinden über 10.000 EW erhalten 8 EUR pro EW
- o 500 Mio. EUR: 50:50 aBS zu VZ

KIG Summe Österreich inkl. Zweckzuschuss „Digitaler Wandel“:

**Gesamt: rd. 881 000 000,-**

## WIR GRATULIEREN

**Der GVV Burgenland wünscht alles Gute zum Geburtstag!**

BGM.  
**Ernst EDELMANN** 50  
Wimpassing an der Leitha

VZBGM.  
**Werner GABRIEL** 50  
Schandorf

VZBGM.  
**Friedrich SULYOK** 60  
Mischendorf

BGM.  
**Kurt MACZEK** 70  
Pinkafeld



GVV-Präsident Erich Trummer und LGF Herbert Marhold stellten sich Mitte Mai in Mattersburg bei AL Karl Aufner mit einem kleinen Geschenk ein. Aufner feierte seinen Geburtstag und gleichzeitig seine Verabschiedung als Amtsleiter von Mattersburg.

Foto: GVV Bgld.

## Zur Sache!

**Liebe Gemeindevertreterinnen!  
Liebe Gemeindevertreter!**



Mag. Herbert Marhold  
1. Landesgeschäftsführer

Das Informationsfreiheitsgesetz (IFG), das in Österreich im März 2024 beschlossen wurde und mit 1. September 2025 in Kraft tritt, bringt eine grundlegende Neuausrichtung im Verhältnis zwischen Staat und BürgerInnen. Es hebt das bisher geltende Amtsgeheimnis auf, das jahrzehntelang ein zentrales Prinzip der Verwaltung war, und ersetzt es durch ein verfassungsrechtlich verankertes Recht auf Zugang zu Informationen. Für Gemeinden bedeutet dieses Gesetz einen tiefgreifenden Wandel in ihrer täglichen Verwaltungsarbeit und in der Kommunikation mit der Bevölkerung.

Bislang galt: Was in der Verwaltung geschieht, unterliegt grundsätzlich der Amtsverschwiegenheit – Auskünfte wurden nur auf Anfrage und in engen Grenzen gewährt. Mit dem neuen Gesetz wird dieser Grundsatz umgedreht: Öffentliche Stellen, also auch Städte und Gemeinden, sind künftig verpflichtet, Informationen aktiv und auf Anfrage bereitzustellen – sofern keine gesetzlich geregelten Gründe dagegensprechen. Diese Neuregelung soll die Transparenz der öffentlichen Verwaltung stärken und die demokratische Kontrolle staatlichen Handelns auch auf kommunaler Ebene fördern.

Für Gemeinden heißt das konkret, dass BürgerInnen künftig das Recht haben, Einsicht in eine Vielzahl von Informationen zu verlangen. Dazu zählen etwa Gemeinderatsbeschlüsse, Studien und Gutachten im Auftrag der Gemeinde, Subventionen, Förderberichte, Verträge mit Dritten oder auch interne Verwaltungsdokumente wie Organigramme oder Personalpläne – sofern diese keine personenbezogenen oder sicherheitsrelevanten Daten enthalten. Gemeinden sind verpflichtet, auf entsprechende Anfragen innerhalb von vier Wochen zu antworten – in Ausnahmefällen kann diese Frist auf bis zu acht Wochen verlängert werden.

Neben der Beantwortung individueller Anfragen sieht das Gesetz auch eine aktive Veröffentlichungspflicht vor (Gemeinden über 5000 Einwohner). Das bedeutet, dass Informationen von allgemeinem Interesse – etwa über Bauprojekte, Förderentscheidungen, politische Beschlüsse oder Vergaben – proaktiv zugänglich gemacht werden müssen, etwa über die Website der Gemeinde. Trotz der weitgehenden Öffnung bleiben bestimmte Schutzinteressen gewahrt. Informationen dürfen weiterhin verweigert werden, wenn ihre Veröffentlichung etwa personenbezogene Daten Dritter betrifft, Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse offenlegen würde oder wenn sie die nationale Sicherheit, laufende Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren oder andere gewichtige öffentliche Interessen gefährden könnte. Solche Einschränkungen müssen jedoch im Einzelfall gut begründet werden, was eine sorgfältige rechtliche Abwägung durch die Gemeindeverwaltung erfordert. Die praktische Umsetzung des Informationsfreiheitsgesetzes stellt für viele Gemeinden eine Herausforderung dar. Sie müssen nicht nur bestehende Verwaltungsstrukturen und Abläufe überdenken, sondern auch ihre IT- und Archivsysteme anpassen, um Auskunftserteilung zu ermöglichen. Auch die Schulung von MitarbeiterInnen im Umgang mit Anfragen und Datenschutz, wird eine Rolle spielen. Die proaktive Veröffentlichungspflicht trifft allerdings nur Kommunen mit mehr als 5000 EinwohnerInnen. Das sind derzeit im Burgenland 6 von 171 Gemeinden – alle anderen haben allerdings die Verpflichtung, dies auf Anfrage zu tun und sollten sich daher auch darauf vorbereiten.

Mag. Herbert Marhold  
1. Landesgeschäftsführer

## GVV Kommunalgipfel: SPÖ-Mandatare begrüßen Gemeinde-Entlastungspaket

**E**nde März lud der GVV Burgenland zum Kommunalgipfel. Im Fokus stand das vom Land geschnürte Entlastungspaket für die Burgenländischen Gemeinden.

Wie bereits bei vorangegangenen Veranstaltungen folgten zahlreiche GemeindevertreterInnen der SPÖ aus allen Bezirken der Einladung und stimmten für das Paket des Landes für die Kommunen. Präsident Trummer: „Wir haben das breit diskutieren und besprochen und ich bin sehr froh, dass wir in unseren Reihen eine geschlossene Haltung dazu haben.“

Zur Erinnerung: Das Land Burgenland bietet den Kommunen an, die Personalkostenförderung für das gesamte Kindergartenpersonal zu erhöhen, und zwar so, dass die Personalhöhe auch in Zukunft weiter bei den Gemeinden bleibt. Dieser Vorschlag würde eine Steigerung des derzeitigen Fördervolumens bedeuten und die dringend benötigte

langfristige Planungssicherheit für die burgenländischen Gemeinden gewährleisten. Im Gegenzug will das Land Burgenland den Müllverband Burgenland von den Gemeinden übernehmen und in die Landesholding integrieren. Hier ist aber bis dato eine Bewertung noch ausständig, wie auch die Zustimmung der ÖVP im Landtag.



Freuten sich über das große Interesse: GVV Burgenland Präsident Erich Trummer mit KO Roland Fürst, Herbert Marhold, 1. GVV Geschäftsführer, Patrick Hafner, 2. GVV Geschäftsführer Fotos: BGVV Bgld.



Landesrat Leonhard Schneemann informierte über die Vorzüge des Gemeindepakets

### Gesamtüberblick des zu verhandelnden Gemeindepakets (Stand Juli 2025)

#### Sofortmaßnahme:

- Übernahme des Burgenländischen Müllverbandes in die Landesholding Burgenland gegen Zahlung eines angemessenen Kaufpreises (basierend auf Bewertungsgutachten)

#### Weitere Maßnahmen:

- Erhöhung und gesetzliche Fixierung der Personalkostenförderung für das Kindergartenpersonal
- zeitliche Reduktion der Grundsteuerbefreiung von derzeit 15 auf zukünftig 3 Jahre
- Beteiligung der Gemeinden an den Einnahmen einer Straßenmaut für schadstoffausstoßende LKWs auf

- Landesstraßen
- Übernahme des Gemeindeanteils für die nächste Ausbaustufe im Bereich des Rettungswesens durch das Land Burgenland
- verpflichtende Einhebung von Anliegerleistung
- Möglichkeit zur Einhebung höherer Kurzparkzonengebühren, Stellplatzentschädigungen usw.
- kostenlose Beratungsleistungen für Konsolidierungsgemeinden
- Umsetzung der im Regierungsprogramm definierten Maßnahmen (z.B. Nutzung Shared Services, Deregulierungsmaßnahmen usw.)



Mörbischs Bgm.<sup>in</sup> Bettina Zentgraf wurde als Keynote Speakerin zur BGK Konferenz nach Warschau eingeladen Foto: BGK Polen

## Zentgraf Sprecherin bei Konferenz in Warschau

Die Mörbischer Bürgermeisterin Bettina Zentgraf wurde als einzige Bürgermeisterin Österreichs zur BGK Konferenz für Gebietskörperschaften nach Warschau eingeladen. Die Konferenz für Gebietskörperschaften fand Ende Juni zum 18. Mal statt und stand unter dem Motto „Die Rolle der lokalen Behörden beim Aufbau von Resilienz“. Zentgraf hat dort über ihre Erfahrungen in diesem Bereich referiert. Die BGK-Konferenz für lokale Behörden wird seit 2005 jährlich organisiert und bringt hunderte Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, Zentralregierung, internationalen Organisationen sowie aus Wissenschaft und Fachwelt zusammen, um Erfahrungen auszutauschen, bewährte Praktiken zu teilen und über die Zukunft lokaler Gemeinschaften nachzudenken.

Zentgraf wurde als Keynote Speakerin nach Polen eingeladen, um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit zu bieten, von den Erfahrungen der Gemeinde Mörbisch am See beim Aufbau lokaler Resilienz zu lernen. „Die Veranstalter waren offenbar überzeugt davon, dass meine Perspektive aus der österreichischen Kommunalverwaltung eine wertvolle internationale Bereicherung für die dortige Diskussion darstellt und ich fühle mich sehr geehrt, dass ich dort die österreichischen und burgenländischen Erfahrungen einbringen dürfte“, so Zentgraf. Für GVV Präsident Erich Trummer ist die Einladung Zentgrafs als Keynote Speakerin „ein starkes Zeichen für die Frauen in kommunaler Verantwortung“.

**GVV Ausflug in die Südoststeiermark:**

Alle Jahre organisiert der GVV Burgenland einen Bildungsausflug. Dieses Jahr führte die Reise in die Steiermark. GVV Burgenland Präsident Erich Trummer konnte, wie in den letzten Jahren, viele Interessierte begrüßen.

Foto:  
GVV Burgenland



## Kery Stiftung: Naturpark Rosalia-Kogelberg und Erste Pétanque Verein Neusiedl ausgezeichnet

Im Rahmen der Festfeier der Burgenland-Stiftung Theodor Kery wurden mit dem Naturpark Rosalia-Kogelberg und dem Verein Erste Pétanque Neusiedl zwei herausragende Projekte mit kommunalpolitischem Bezug ausgezeichnet, die eindrucksvoll zeigen, wie wirkungsvoll regionale Zusammenarbeit und gesellschaftliches Engagement auf Gemeindeebene sein können.

Der Naturpark Rosalia-Kogelberg, ein Zusammenschluss von 13 Gemeinden im Bezirk Mattersburg, wurde für seine langjährige Arbeit im Bereich Klimaschutz und Artenvielfalt prämiert. Der Naturpark setzt auf eine enge interkommunale Zusammenarbeit, um ökologische Nachhaltigkeit mit regionaler Entwicklung zu verbinden – ein Vorzeigebispiel für gelebte Gemeindekooperation im Zeichen des Umwelt- und Naturschutzes.

Ebenfalls ausgezeichnet wurde der Erste Pétanque Verein Neusiedl, der mit finanzieller Unterstützung der Stadtgemeinde Neusiedl am See den Preis in der Kategorie Sport erhielt. Hervorgehoben wurde dabei insbesondere das Engagement für gelebte Integration, die Einbindung mehrerer Generationen sowie innovative Ansätze im Men-



Landesrat Leonhard Schneemann und Wirtschaftsagentur Burgenland Geschäftsführer Michael Gerbavits mit dem Obmann des Vereins zur Förderung des Naturparks Rosalia-Kogelberg, Bgm. Kurt Fischer, und Vertreterinnen des Vereins bei der Preisverleihung auf der Friedensburg Schläining  
Fotos: LMS



Landesrat Leonhard Schneemann und Wirtschaftsagentur Burgenland Geschäftsführer Michael Gerbavits überreichten VertreterInnen des Erste Pétanque Vereins Neusiedl die Urkunde

taltraining des Vereinssports. Der Verein des Sports im kommunalen Raum. steht sinnbildlich für die verbindende Kraft

## Kindergarten eröffnet: Feierstunde für die Jüngsten in Loipersdorf-Kitzladen

**M**itte Mai wurde in Loipersdorf der neu sanierte und erweiterte Kindergarten feierlich eröffnet. Mit Gesamtkosten von rund 800.000 Euro wurde der 1989 errichtete Kindergarten umfassend modernisiert und durch einen bedarfsgerechten Zubau erweitert.

Realisiert wurde das Projekt im Rahmen einer Leasingvariante in Kooperation mit der Projektentwicklung Burgenland (PEB), die auch bei diesem kommunalen Infrastrukturprojekt im Südburgenland verlässlicher Partner war.

Der neue Kindergarten erfüllt moderne Anforderungen sowohl architektonisch als auch funktional. Nachhaltigkeit, kindgerechte Gestaltung und eine lernförderliche Umgebung standen im Fokus der Umsetzung. Bürgermeister Jürgen Zimara zeigte sich erfreut über den erfolgreichen Abschluss des Projekts: „Mit dieser Investition schaffen wir optimale Voraussetzungen für unsere jüngsten Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger – heute und in Zukunft.“

Aktuell werden im Kindergarten Loipersdorf-Kitzladen 47 Kinder in zwei alterserweiterten Gruppen sowie einer Kinderkrippe-



Bildungslandesrätin Daniela Winkler übergab gemeinsam mit Bürgermeister Jürgen Zimara, zahlreichen Gästen und natürlich den Kindergartenkindern den fertiggestellten Kindergarten offiziell seiner Bestimmung. Foto: LMS

pengruppe betreut. Das engagierte Team besteht aus sieben Mitarbeiterinnen – darunter drei Elementarpädagoginnen, eine Integrationspädagogin und drei Helferinnen.



Trat als SPÖ-Landesgeschäftsführerin zurück: Jasmin Puchwein Foto: SPÖ Burgenland

## Puchwein beendet ihre Tätigkeit für die SPÖ

Jasmin Puchwein hat ihre Funktion als Landesgeschäftsführerin der SPÖ Burgenland zurückgelegt und wird ihre Tätigkeit für die SPÖ Burgenland beenden. „Meine Zeit in der SPÖ Burgenland war intensiv, prägend und voller wertvoller Erfahrungen. Ich durfte in einer Phase großer politischer Erfolge mitwirken und bin stolz darauf, Teil des Teams rund um Hans Peter Doskozil gewesen zu sein, der für eine Politik steht, die das Leben der Menschen im Burgenland spürbar verbessert“, blickt Puchwein auf ihre Zeit in der SPÖ Burgenland zurück. Als Wahlkampfleiterin hat Puchwein maßgeblich am Erfolg bei der Landtagswahl 2020 beigetragen, bei der Hans Peter Doskozil als Spitzenkandidat 46,5 Prozent erzielen konnte. Puchwein begleitete Doskozil seit 2017 in unterschiedlichen Funktionen und leitete zuletzt gemeinsam mit Kevin Friedl die organisatorischen Geschicke der SPÖ Burgenland

## Pflege: Volksbefragung in Forchtenstein

Forchtensteins Bevölkerung hat in einer Volksbefragung entschieden, den geplanten Standort des Pflegestützpunktes in der Gemeinde nicht zu unterstützen. SPÖ Burgenland Geschäftsführer Kevin Friedl: „Wir respektieren selbstverständlich die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger und nehmen sie mit Bedauern zur Kenntnis.“



**Oberwärts SPÖ-Vizebürgermeister Michael Leitgeb neuer SWV-Präsident:** Unternehmer und Oberwärts Vizebürgermeister Michael Leitgeb ist Mitte Mai mit 100 Prozent der Delegiertenstimmen in Neudörfel zum neuen Präsidenten des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands (SWV) gewählt worden. Für den GVV Burgenland gratulierten in Neudörfel GVV-Vorstandsmitglied Michael Lampel aus Neufeld und LGF Mag. Herbert Marhold.

Foto: GVV Burgenland

## Sigleß feiert 700 Jahre

Die Gemeinde Sigleß feiert heuer ein rundes Jubiläum. 1325 erstmals urkundlich erwähnt, kann der Ort auf sieben Jahrhunderte zurückblicken. Die Kommunen im Burgenland wären stets Motor für eine positive Entwicklung gewesen, hob Landesrat Leonhard Schneemann bei der Jubiläumsfeier hervor. Sie leisten viel für die elementare Daseinsvorsorge der Menschen, durch ihre leistungsfähige Infrastruktur, durch die Schaffung von Wohnraum und Freizeitangeboten, durch vorbildliche Ortspflege, durch ein lebendiges Kultur- und Vereinsleben“, so der Landesrat. Dabei würde die Gemeinde Sigleß beispielhaft für das aufstrebende Burgenland stehen.



Bgm.<sup>in</sup> Ulrike Kitzinger konnte auch GVV-Präsident Erich Trummer, LR Leonhard Schneemann und LH a.D. Hans Niessl begrüßen

## Bernstein: Neues Haus für die Feuerwehr

Mitte Mai wurde in Bernstein das neue Feuerwehrhaus offiziell eröffnet. Mit einem Investitionsvolumen von 4,45 Millionen Euro – finanziert durch Landesmittel, Förderungen, kommunale Rücklagen und langfristige Tilgungsmodelle – wurde ein Bau realisiert, der die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr für kommende Generationen sichert. Das Land Burgenland hat für das neue Feuerwehrhaus Fördermittel in Höhe von 334.400 Euro zugesagt.



GVV Vizepräsidentin Bgm.<sup>in</sup> Renate Habetler mit LR Leonhard Schneemann und Bezirkshauptmann Peter Bubic Foto: GVV Bgld.



GVV Burgenland Präsident und Vizepräsident des Österr. Gemeindebundes Erich Trummer mit Finanzminister Markus Martnerbauer, dem Präsidenten des Österr. Gemeindebundes Bgm. Johannes Pressl und Vizepräsident Bgm. Erwin Dirnberger Fotos: GVV Burgenland

## GVV Burgenland: Präsident Trummer zu Antrittsbesuchen im Bund und im Land

**D**er Präsident des GVV Burgenland, Bürgermeister Erich Trummer, absolvierte in den Wochen nach der Landtagswahl im Burgenland sowie der Nationalratswahl Antrittsbesuche bei Regierungsmitgliedern im Land und im Bund. Im Zentrum der Gespräche standen aktuelle Herausforderungen der Gemeinden sowie der Ausbau einer engen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Kommunen auf der einen sowie Land und Bund auf der anderen Seite.

„Die Gemeinden sind das Rückgrat unseres Landes – daher ist eine konstruktive Gesprächsbasis mit den Regierungen im Land und im Bund von zentraler Bedeutung“, betonte Trummer. In den Begegnungen mit den Regierungsmitgliedern wurde ein klares Bekenntnis zum partnerschaftlichen Dialog und zur gemeinsamen Lösungen abgegeben. Im Fokus der Gespräche stand die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden mit Land und Bund.



Im Gespräch mit Bundeskanzler Christian Stocker



Arbeitsbesuch bei Wirtschaftslandesrat Leonhard Schneemann



GVV Burgenland Präsident und Vizepräsident des Österr. Gemeindebundes Erich Trummer und Bgm. Johannes Pressl, Präsidenten des Österr. Gemeindebundes, bei Vizekanzler Andreas Babler



LH-Stv.in Anja Haidler-Wallner mit GVV Präsident Erich Trummer



Bei Bundesministerin Korinna Schumann, zuständig für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Pflege



**GVV-Bundesklausur in Bischofshofen:** Zu einer Klausur kamen Anfang Juni in Bischofshofen in Salzburg 22 GemeindevertreterInnen aus ganz Österreich zusammen, um die aktuellen Herausforderungen und zukünftige Strategien der Städte und Gemeinden zu diskutieren und ein Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre zu erarbeiten. Die eintägige Klausur stand unter dem Schwerpunkt der Finanzen und möglicher Strukturreformen zur Entlastung der Städte und Gemeinden. Für den GVV Burgenland mit dabei waren GVV-Präsident Erich Trummer, die GVV-Vizepräsidentinnen Renate Habetler und Ulrike Kitzinger sowie der 1. Landesgeschäftsführer des Verbandes, Mag. Herbert Marhold. Auch die Bundes-SPÖ war durch Bundesgeschäftsführer Klaus Seltenheim vertreten. Geführt wird der GVV Österreich vom Präsidenten des niederösterreichischen GVV, Bgm. Andreas Kollross aus Trumau.

Foto: GVV Burgenland

## Workshop für angehende und bestehende SPÖ-Funktionärinnen

**M**itte Juni fand in Eisenstadt der Workshop „sichtbar.gehört.wirksam.“ statt – ein gemeinsames Weiterbildungsangebot der SPÖ Frauen Burgenland, des Renner Instituts Burgenland und des GVV Burgenland für bestehende und angehende SPÖ-Mandatarinnen in den Gemeinden. 14 engagierte Frauen nutzten die Gelegenheit, ihre kommunalpolitischen Kompetenzen zu stärken, ihr Auftreten weiterzuentwickeln und sich untereinander zu vernetzen.

„Dieser Workshop ist ein wichtiger Baustein in unserem Bildungsangebot speziell für Frauen: er ist eine wertvolle Ergänzung zur burgenländischen Frauenakademie, die viele von den Workshop-Teilnehmerinnen schon besucht haben“, so Landesfrauenvorsitzende Landtagspräsidentin Astrid Eisenkopf, die gleichzeitig eine Wiederauflage der Burgenländischen Frauenakademie für 2026 ankündigte. Trainerin Mag. (FH) Natascha Thurner, selbst Vizebürgermeisterin, vermittelte praxisnahes Know-how zu Rhetorik, politischem Selbstbewusstsein, Konfliktlösung und souveränem Auftreten



Beim Workshop wurden die engagierten Kommunalpolitikerinnen ermuntert, ihre Rolle aktiv zu gestalten und ihre politische Stimme wirkungsvoll einzusetzen.

Foto: GVV Burgenland

in Gremien. Der Workshop schuf einen geschützten Raum, in dem politische Herausforderungen offen angesprochen und gemeinsam bearbeitet werden konnten.

Der GVV Burgenland unterstützt dieses Projekt auch im Hinblick auf die kommenden BürgermeisterInnen und Gemeinderatswah-

len 2027, „da es Frauen braucht, die in der Politik sichtbar sind, Verantwortung übernehmen und ihre Anliegen mit Klarheit vertreten. Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden, damit Frauen den Einstieg in die Politik überhaupt schaffen“, so Landesgeschäftsführer Herbert Marhold.

# Österreichischer Städtetag 2025 in Eisenstadt: Schutz

**B**eim diesjährigen 74. Österreichischen Städtetag, der heuer in Eisenstadt im Burgenland stattfand, wurde deutlich, wie wichtig die Arbeit der Städte und Gemeinden für die Zukunft unseres Landes ist. Vertreterinnen und Vertreter aus über 250 Kommunen tauschten sich zu aktuellen Themen aus – von Klimaschutz über Digitalisierung bis hin zu sozialer Gerechtigkeit.

Viele der großen Herausforderungen werden direkt vor Ort spürbar und müssen auf lokaler Ebene gelöst werden. Dazu zählen etwa der Ausbau öffentlicher Verkehrsangebote, die Förderung erneuerbarer Energien, leistbarer Wohnraum oder die Verbesserung von Pflege- und Betreuungsstrukturen. Das Land Burgenland unterstützt dabei die Gemeinden mit einer Vielzahl an Förderprogrammen – zum Beispiel für Photovoltaik-Anlagen, thermische Sanierungen oder E-Mobilität. Auch die Digitalisierung der Verwaltung wurde beim Städtetag themati-



Landesrat Leonhard Schneemann hielt im prall gefüllten großen Saal des Kultur Kongress Zentrums in Eisenstadt seine Begrüßungsrede

Fotos: GVV Burgenland

siert, etwa durch die Einführung neuer Online-Services für Bürgerinnen und Bürger.

Für die Vertreterinnen und Vertreter aus den österreichischen Städten und Gemeinden ist der Städtetag eine wertvolle Gelegenheit, Ideen und Erfahrungen mit anderen Kommunen auszutauschen. Zahlreiche Praxisbeispiele aus ganz Österreich zeigten, wie zukunftsorientierte Gemeindeentwicklung aussehen kann – auch mit einfachen Mitteln. GVV-Präsident Erich Trummer, der in seiner Funktion als Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes teilnahm dazu: „Der Städtetag hat einmal mehr gezeigt: Unsere Gemeinden sind das Fundament eines funktionierenden Miteinanders. Mit Engagement, Weitblick und Unterstützung durch Bund und Land können wir unsere Gemeinde wei-

Im Rahmen des Österreichischen Städtetages lud der GVV Burgenland zum Empfang und konnte zahlreiche Kommunalvertretern aus allen Bundesländern begrüßen, darunter auch Wiens Bgm. Micheal Ludwig und dessen Vorgänger Michael Häupl



Im Rahmen des Österreichischen Städtetages lud der GVV Burgenland zum Empfang und konnte zahlreiche Kommunalvertretern aus allen Bundesländern begrüßen, darunter auch Wiens Bgm. Micheal Ludwig und dessen Vorgänger Michael Häupl

**GVV Burgenland: Kommunalstammtische als Plattform für Austausch und Vernetzung:** Die Kommunalstammtische des GVV Burgenland haben sich als wertvolle Plattform für den informellen Austausch unter Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern etabliert. In regelmäßigen Abständen lädt der GVV Burgenland zu diesen Treffen ein – zuletzt fand der Stammtisch im Bezirk Mattersburg statt. Die Stammtische werden sehr gut angenommen und bieten eine wichtige Möglichkeit, sich über aktuelle kommunalpolitische Herausforderungen und Anliegen in ungezwungener Atmosphäre auszutauschen.

Foto: GVV Burgenland



# des Klimas, Finanzen, Digitalisierung



Die Präsidenten Erich Trummer und Günther Vallant mit Unternehmern am Städtetag in Eisenstadt.

terhin lebenswert und zukunftssicher gestalten. Dazu brauchen wir die finanziellen Mittel, um unsere Aufgaben selbstbestimmt bewältigen und auch politisch gestalten zu können!“ Die Landeshauptstadt Eisenstadt und das Burgenland haben sich bei diesem Städtetag ausgezeichnet präsentiert und die Erwartungen der zahlreichen Gäste mehr als erfüllt. Der nächste Städtetag findet 2026 in Leoben in der Steiermark statt. Die kleineren Kommunen treffen sich bereits Anfang Oktober in Klagenfurt zum Österreichischen Gemeindetag 2025.

## 71. Österr. Gemeindetag von 2. bis 3. Oktober 2025 in Klagenfurt

Unter dem Motto „Nachhaltige Zukunft

gemeinsam schaffen“ findet heuer der 71. Österreichische Gemeindetag von 2. bis 3. Oktober 2025 in Klagenfurt statt. Teilnehmerinnen und Teilnehmern erwartet mit dem Schmankerlpad in der Halle 4, einem tollem Abendprogramm am Galaabend am Donnerstag, und dem ungewöhnlichem Ausflugsprogramm von Altstadtführung bis Lakeside Science & Technology Park auch kulinarische und kulturelle Kärntner Highlights.

Anmeldung und weitere Infos finden Sie im Rahmen der Anmeldung zum Österreichischen Gemeindetages unter [www.gemeinde-tag.at](http://www.gemeinde-tag.at).

## Neusiedl am See hat ein neues Feuerwehrhaus

Im Mai wurde das runderneuerte und ausgebaute Feuerwehrhaus in Neusiedl am See feierlich eröffnet. Die Gesamtinvestitionen betragen rund 3,4 Millionen Euro. Der Um- und Zubau des Feuerwehrhauses Neusiedl wurde von der Burgenländischen Landesregierung mit 560.000 Euro unterstützt.



Bgm.in LAbg. Elisabeth Böhm, FKDT ABI Reinhard Theuritzbacher und Landesrat Mag. Heinrich Dorner  
Foto: LMS

## Zurndorf: Neues Gemeindeamt eröffnet

Das neue Gemeindezentrum bietet auf zwei Etagen rund 520 Quadratmeter Fläche und wurde bereits im Februar 2025 bezogen. Der Bau begann im März 2024. In weniger als einem Jahr wurde das moderne, funktionale Gebäude errichtet. Zur offiziellen Eröffnung konnte Bürgermeister Werner Friedl zahlreiche Ehrengäste, darunter Landesrätin Daniela Winkler, begrüßen.



Landesrätin Daniela Winkler mit Bürgermeister Werner Friedl und Bezirkshauptfrau Ulrike Zschech  
Foto: LMS



Bundesvorstandssitzung des Österreichischen Gemeindeverbandes im April in Wien mit GVV-Präsident und GB-Vizepräsident Erich Trummer.  
Foto: GVV Burgenland

# 1. Mai: Gemeinden setzen am Tag der Arbeit ein



**A**uch heuer luden die SPÖ-Ortsparteien im Burgenland am Tag der Arbeit wieder zu ihren traditionellen Maiaufmärschen, Wanderungen und Fackelumzügen. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger folgten der Einladung und setzten damit ein deutliches Zeichen für Solidarität, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit.

Bereits am Vorabend, dem 30. April, fanden vielerorts die Fackelzüge der SPÖ-Jugendorganisationen statt – ein stimmungsvoller Auftakt in einen Tag, der seit jeher dem Einsatz für Arbeitnehmerrechte, faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen gewidmet ist. Die Veranstaltungen waren gut besucht und standen ganz im Zeichen der sozialdemokratischen Werte und der Verbundenheit mit den arbeitenden Menschen. In Reden wurde auf aktuelle Herausforderungen eingegangen – vom Kampf gegen die Teuerung bis hin zur Sicherung von Arbeitsplätzen und der Bedeutung des sozialen Ausgleichs. Der 1. Mai bleibt damit nicht nur ein Feiertag, sondern ein lebendiger Ausdruck politischer Überzeugung und gesellschaftlicher Verantwortung.



# starkes Zeichen für Solidarität und Zusammenhalt





## EU-Vergaberecht auf dem Prüfstand

**A**ls Reaktion auf den Rechnungshofbericht zum Öffentlichen Auftragswesen in der EU, befasste sich auch der Rat mit der Thematik. Da das Vergaberecht hinter den Erwartungen zurückbleibt, soll die Kommission einen Aktionsplan vorbereiten, der zu einer Revision der Vergaberichtlinien führen könnte.

Der Europäische Rechnungshof stellte dem Öffentlichen Auftragswesen in seinem Sonderbericht von 2023 kein gutes Zeugnis aus. Von 2011 bis 2021 hat der Wettbewerb abgenommen, immer weniger Unternehmen haben sich an Ausschreibungen beteiligt und die Erwartungen an strategische Vergaben konnten nicht erfüllt werden. 2021 gab es bei 42% aller EU-weiten Verfahren nur einen Bieter, im Schnitt beteiligten sich nur drei Bieter (statt durchschnittlich sechs im Jahr 2011) an einem Verfahren. Österreich hat einen besonders hohen Anteil an Verfahren mit nur einem Bieter, Slowenien führt das Feld mit 73% an. Direktvergaben haben ebenfalls zugenommen und betrafen 2021 EU-weit 16% aller gemeldeten Verfahren, in Österreich aber 32%. Besser als im EU-Schnitt liegt Österreich bei der grenzüberschreitenden Auftragsvergabe, auch bei KMU-Beteiligung und stra-

tegischer Beschaffung fällt die Analyse des EU-RH positiv aus.

Die grundsätzliche Einschätzung, dass der Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zurückgegangen ist und Auftraggeber die gebotenen Möglichkeiten nicht ausreichend nutzen, bleibt. Der Rechnungshof erkennt jedoch auch, dass Verwaltungsaufwand und übermäßig restriktive Kriterien nicht nur Unternehmen abschrecken, sondern auch von den Auftraggebern kritisiert werden.

Der Rat beauftragte in seinen Schlussfolgerungen die Kommission, einen Aktionsplan für das öffentliche Auftragswesen vorzubereiten. Dafür werden Interessenträger befragt, um Ursachen und Gründe für den Rückgang des Wettbewerbs zu analysieren. D.h. auch die kommunale Ebene soll und muss sich mit Erfahrungen und Praxisbeispielen an diesem Dialog beteiligen.

Der Gemeindebund bringt sich im Rahmen seiner europäischen Netzwerke in die Diskussion ein, ersucht jedoch auch Gemeinden um Rückmeldungen und Erfahrungsberichte.

## EU-Renaturierungsverordnung angenommen

**M**it der Annahme der EU-Renaturierungsverordnung durch die Umweltminister am 17. Juni endet ein Kapitel äußerst kontroverser EU-Gesetzgebung. Für Städte und Gemeinden dürften die neuen Bestimmungen machbar sein, der nationalen Ebene kommt sehr viel Gestaltungsspielraum zu.

Eine Kernforderung des Gemeindebundes im Gesetzgebungsprozess war der Ruf nach flexibler Umsetzung und nationalen Gestaltungsspielräumen. In der am 17. Juni endgültig verabschiedeten Verordnung wird dies weitgehend berücksichtigt und zwar nicht nur für die in Art. 8 geregelten städtischen Ökosysteme. Als städtisches Ökosystem gelten Grünflächen nicht landwirtschaftlicher Art in Städten, Kleinstädten und Vororten. In Österreich sind das ca. 10% aller

Gemeinden. Der ländliche Raum ist davon ausgenommen. Er kommt bei den Land- und Süßwasserökosystemen zum Zug, nicht aber bei den Maßnahmen im Rahmen örtlicher Raumplanung und Bauvorschriften. In den von der Verordnung betroffenen Kommunen darf es bis 2030 keinen Grünflächenverlust geben und zwar gesamtstaatlich. D.h. Bauprojekte, Lückenschluss etc., die zulasten bestehender Grünflächen gehen, müssen durch z.B. Entsiegelung, begrünte Dächer oder Fassadenbegrünung ausgeglichen werden. National festzulegen ist, ob die Maßnahmen im gesamten Gemeindegebiet umzusetzen sind oder in 1 km<sup>2</sup>-Rastern in den dicht bebauten Kernzonen. Diese Unterscheidung ist wesentlich, wenn nachhaltige Bauprojekte in Randzonen von Zuzugsgemeinden weiterhin möglich sein sollen.



### Abfallrahmenrichtlinie: Rat und Parlament verhandeln nach dem Sommer

Die Umweltminister einigten sich am 17. Juni auf die Position der Mitgliedstaaten zur Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie. Lebensmittel- und Textilabfälle standen im Fokus. Für Textilabfälle kommt die erweiterte Herstellerverantwortung.

Jeder Europäer produziert jährlich im Schnitt 131 kg Lebensmittelabfall und 12 kg Textilabfall. Für die kommunale Abfallwirtschaft ist beides eine Herausforderung. Die Minister einigten sich darauf, das Kommissionsziel von 10% weniger Lebensmittelabfall in Herstellung und Verarbeitung und 30% weniger pro Kopf in Einzelhandel, Gaststätten und Haushalten bis 2030 zu unterstützen. Für den Tourismus und saisonale Produktionsschwankungen sollen Korrekturfaktoren entwickelt werden.

Im Textilsektor wird die erweiterte Herstellerverantwortung eingeführt, d.h. Marken und Hersteller müssen sich an den Kosten der Sammlung und abfallwirtschaftlichen Behandlung beteiligen. Die Mitgliedstaaten entscheiden, ob die Kosten im gemischten Siedlungsabfall ganz oder zumindest anteilig von den Herstellern zu tragen sind, überdies können höhere Gebühren von Fast Fashion-Unternehmen verlangt werden.

Bis zum Inkrafttreten wird es noch dauern. Rat und EU-Parlament müssen sich davor im sogenannten Trilog auf einen gemeinsamen Text einigen.

**REINER**  
Reinigung

Besser. Reiner.

## Ihr Partner für saubere Komplettlösungen in Ihrer Gemeinde

Sie sind bereit für nachhaltige Glanzleistungen?  
Wir bringen Ihre Kommune zum Strahlen mit hochwertigen  
Reinigungslösungen zu besten Preisen!

### UNSER ANGEBOT IM ÜBERBLICK

Von Kindergärten & Schulen über Ämter, Verwaltungszentren & Bibliotheken bis hin zu  
Feuerwehrgebäuden, Sporthallen & Co. – wir reinigen fachgerecht, individuell sowie bedarfsorientiert.



#### **UNTERHALTSREINIGUNG**

in regelmäßigen Abständen.

Fußboden- & Oberflächenreinigung

Abfallentsorgung

Sanitär- & Küchenreinigung



#### **SONDERREINIGUNG**

erfolgt periodisch.

Fenster- & Glasreinigung (innen & außen)

Grundreinigungen

(z. B. nach Sanierungen oder Neubauten)

Bodenversiegelung & Beschichtung



#### **SPEZIALREINIGUNGEN**

bedarfsorientiert & individuell.

Schädlingsbekämpfung in sensiblen  
Bereichen (z. B. Küchen, Lager)

Reinigung nach Veranstalt-  
ungen (z. B. Feste, Märkte)

Bauendreinigung



#### **AUSSENANLAGEN**

saisonale Betreuung.

Reinigung von Gehwegen und Plätzen

Pflege und Reinigung von Busstationen &  
Wartehäuschen

Müllentleerung und Reinigung in  
öffentlichen Parks

**JETZT  
SAUBER  
SPAREN!**

Mit Top-Leistungen  
zu besten Preisen!

Mehr Glanzleistungen unter: [reiner.co.at](http://reiner.co.at)

REINER Facility Services GmbH Ruster Straße 91 Top 1a 7000 Eisenstadt | T: 02682 65779 | [office@reiner.co.at](mailto:office@reiner.co.at)



### I M P R E S S U M

#### **Medieninhaber und Verleger:**

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband  
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt  
[www.gvbgld.at](http://www.gvbgld.at)

**Redaktion:** GVV Burgenland

**Druck:** Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt  
GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt  
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

**Zulassungsnummer: 02Z034036 M**